

KOMMENTAR



Peter Reinhardt zum  
Schlossgarten-  
Ausschuss

Spatzen und  
Kanonen

Das es in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen nur um die Suche nach der reinen Wahrheit geht, muss niemand glauben. Diese Gremien dienen immer auch dem politischen Wettbewerb. Entsprechend umstritten sind viele Fragen, die auf den Tisch kommen. Das gilt auch für den zweiten Ausschuss, der sich mit dem aus dem Ruder gelaufenen Polizeieinsatz gegen Stuttgart 21-Gegner beschäftigt. In E-Mails, die man bei Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus beschlagnahmt hat, fanden sich Hinweise auf politische Einflussnahme und zwei Belege legten den Verdacht nahe, dass damals die Akten frisiert wurden. Deshalb ist dieser Untersuchungsausschuss berechtigt.

Nachdem sich mit der Landtagswahl die Mehrheitsverhältnisse verkehrt haben, fanden die damalige Opposition im neuen Ausschuss das Verfahren bestimmen. Trotzdem hat die umfangreiche Aktenrecherche für den Schlossgarten-Einsatz keine politische Einflussnahme belegt. Gefunden wurde nur eine Drohung von Mappus wegen eines Bagger-Einsatzes. Grün-Rot wird nun versuchen, daraus eine gedankliche Brücke zu bauen. Die CDU-Opposition hat sich derweil auf eine Krawallstrategie verlegt. Mal schießt sie mit Platzpatronen, mal mit Kanonen auf Spatzen. Mehr Planung würde sicher helfen.

Kommunalwahl

Panne in Pforzheim  
mit Stimmzetteln

PFORZHEIM. Die Stadt hat zur Kommunalwahl am 25. Mai Stimmzettel der Kommunalwahl 2004 an die Briefwähler verschickt. Einen entsprechenden Bericht der „Pforzheimer Zeitung“ bestätigte ein Sprecher der Stadtverwaltung. Es handle sich um 200 bis 300 Unterlagen. „Das werden wir korrigieren“, sagte er. Die betroffenen Wähler sollen nun neue Unterlagen bekommen mit einer Information, die erläutert, was falsch gelaufen ist.

Wie viele Briefwahlunterlagen genau betroffen sind, ob bereits Wähler mit den falschen Briefwahlunterlagen ihre Stimmen abgegeben haben und welche Rechtsfolgen daraus entstehen, wird laut Zeitung noch geprüft. lsw

Stuttgart 21: Ausschuss zum Polizeieinsatz untersucht politische Einflussnahme / Hat Mappus gedroht?

Die Krux mit dem Hörensagen

Von unserem Korrespondenten  
Peter Reinhardt

STUTTGART. Der Vorwurf klingt rabiat. „Bringen Sie die Bagger rein. Wenn Sie nicht wollen, hole ich die Polizei aus einem anderen Land.“ Der Satz soll vom früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) stammen und im Zusammenhang mit dem Abriss des Nordflügels am Stuttgarter Hauptbahnhof gegenüber Polizisten gefallen sein. Gestern hat sich ein neuer Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags erstmals mit der Frage beschäftigt, ob Mappus damit die Polizei in verbotener Weise unter Druck gesetzt hat.

Schnell zeigen sich die Untiefen dieses Ausschusses. Notiert hat den Satz Polizeidirektor Ekkehard Falk in einer Dienstbesprechung am 10. September 2010. Dort hatte der Stuttgarter Polizeipräsident Siegfried Stumpf über die aktuelle Lage im Streit um Stuttgart 21 berichtet. Falk bestätigt als Zeuge seine Wahrnehmung: „Für mich war das ein bedeutendes Faktum.“

Eindeutig ist die Sache nicht. Stumpf behauptet, das Bagger-Zitat von Mappus nur von einem Dritten zu kennen. Spöttisch nennt CDU-Obmann Reinhard Löffler Falk deshalb einen „Zeugen vom Hörensagen vom Hörensagen.“ Grünen-Obmann Ulrich Sckerl wertet Falks Aussage dennoch als „wichtiges Indiz“. Am Ende komme es aber auf die Darstellung von Stumpf an. Die vier gestern gehörten weiteren Zeugen waren noch weiter weg vom Geschehen.

Mappus im Visier

Stumpf hat die Frage nach politischer Beeinflussung seiner Einsatzplanung gegen Stuttgart 21-Proteste stets verneint, aber ausdrücklich bezogen auf die Räumung des Schlossgartens am 30. September 2010. Dagegen hat Mappus die Ausübung von Druck ohne jede Einschränkung bestritten. Dieser Unterschied ist offensichtlich der Grund dafür, dass die Staatsanwaltschaft zwar wegen des Verdachts der Falschaussage gegen Mappus, nicht aber gegen den ehemaligen Polizeichef ermittelt.

Es ist bereits der zweite Untersuchungsausschuss, der sich mit dem umstrittenen Polizeieinsatz am



Der fast erblindete Stuttgart 21-Gegner Dietrich Wagner unter den Zuhörern. BILD: DPA

„Schwarzen Donnerstag“ mit 160 Verletzten beschäftigt. Den ersten hatten SPD und Grüne gleich nach der Räumung des Parks eingesetzt. Damals waren sie noch in der Opposition und äußerten in einem Minderheitenvotum den Verdacht einer politischen Beeinflussung. Eindeuti-

gung an den beruflichen Schulen deutlich zu verbessern. Im laufenden Schuljahr seien 1135 Lehrer eingestellt worden – deutlich mehr, als ausgeschieden seien. Zudem seien bildungspolitische Maßnahmen wie der Ausbau der beruflichen Gymnasien und die individuelle Förderung umgesetzt worden.

Auch im kommenden Schuljahr verfolge das Ministerium das Ziel, die beruflichen Schulen zu stärken und die Unterrichtsversorgung zu sichern. Genauere Aussagen seien aber noch nicht möglich, weil der Bedarf der beruflichen Schulen derzeit noch ausgewertet werde.

Mehrkosten-Problem vertagt

Die Partner des Bahn-Projektes Stuttgart 21 haben den Streit um die erwarteten Mehrkosten wieder vertagt.

Diese seien bei der ersten Sitzung des Lenkungskreises seit fast sechs Monaten gestern „nur am Rande“ thematisiert worden, erklärte Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne). Die Bahn müsse zunächst „die Qualität ihrer finanziellen Puffer beurteilen“.

Wann die Frage der Verteilung der circa 1,5 Milliarden Euro Mehrkosten auf den Tisch kommt, sei noch offen. Die Positionen hätten sich nicht geändert, so die Beteiligten. lsw

ge Beweise hatten sie nicht gefunden. CDU und FDP stuften ihren Regierungschef als schuldlos ein.

Zum zweiten Anlauf führten E-Mails. Die nähren den Verdacht, dass es doch einen Zusammenhang zwischen der Räumung des Schlossgartens und der von Mappus ein paar Tage später geplanten Regierungserklärung gab. „Ziel ist, dass bis zu deiner Regierungserklärung alles mit den Bäumen erledigt ist“, schrieb Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) an ihren Parteifreund.

Seit der Landtagswahl stellt die SPD mit Reinhold Gall den Innenminister, der großräumig die Polizeizeichen durchsuchen ließ. So fand auch Falks Aufzeichnung in die Öffentlichkeit. Selbst Gall sieht bei der Schlossgarten-Räumung keine politische Einflussnahme – eher bei den Bagger-Einsätzen am Nordflügel.

Löffler meint, dass angesichts dieser Fakten der Untersuchungsausschuss verfassungswidrig sei. Er verlangt ein Gutachten. Auf den angekündigten Antrag auf Aussetzung des Ausschusses hat er verzichtet. Sckerl: „Im Wassersport würde man das Zurückrudern nennen.“

IN KÜRZE

Flughafen mit China-Partner

HAHN. Nach dem abrupten Abgang von Geschäftsführer Heinz Rethage rückt das operative Geschäft am Flughafen Hahn langsam wieder in den Vordergrund. Künftig will der defizitäre Hunsrück-Airport eng mit dem chinesischen Flughafen Zhengzhou zusammenarbeiten und so mehr Flüge an Land ziehen. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wurde gestern offiziell unterzeichnet, wie die Flughafengesellschaft mitteilte. lrs

Neues Bauprojekt in Limburg

LIMBURG. Auch rund eineinhalb Monate nach der Abberufung des früheren Limburger Bischofs Franz-Peter Tebartz-van Elst prüft die Staatsanwaltschaft weiterhin, ob sie ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue gegen den Geistlichen einleitet. Das Bistum will unterdessen ein neues Projekt beginnen. Für fünf Millionen Euro soll das als Ausbildungs- und Tagungsort genutzte Priesterseminar saniert werden. lrs

AUFGELESEN

Ein Touristenboot wird zum

Straßenkreuzer: Damit der Schluchsee im Schwarzwald ein neues Ausflugsschiff erhält, müssen Auto- und Motorradfahrer am Wochenende in Baden-Württemberg mit Verkehrsbehinderungen rechnen. Das 92 Tonnen schwere und neu gebaute Motorschiff MS Schluchsee wird mit einem 45 Meter langen Schwertransporter von Heilbronn aus über Autobahnen und Landstraßen ans Ziel gebracht, wie ein Polizeisprecher sagte. lsw

Frau erwürgt, zehn Jahre Haft

TÜBINGEN. Weil er eine Bekannte nach Überzeugung der Richter erwürgt hat, muss ein 36-Jähriger für zehn Jahre ins Gefängnis. Das Landgericht Tübingen verurteilte ihn wegen Totschlags. Im Streit hatte der Mann sein 23 Jahre altes Opfer im vergangenen August im Kreis Reutlingen so lange in den Schwitzkasten genommen, bis die Frau tot war. lsw

Bildung: Besetzung von 1250 Stellen im Herbst gefordert / Verband sieht auch neue Jobs als dringend an

Berufsschullehrer opponieren gegen Sparpolitik

Von dpa-Korrespondentin  
Bettina Grachtrup

STUTTGART. Der Berufsschullehrerverband läuft Sturm gegen die Haushaltspolitik der baden-württembergischen Landesregierung und fordert die Besetzung von 1250 Stellen zum Schuljahresbeginn. Zum Jahresende würden voraussichtlich 710 Stellen an den beruflichen Schulen frei, beispielsweise durch Beurlaubungen und Pensionierungen.

Sie müssten wiederbesetzt werden, forderte der Verband gestern in Stuttgart. Zudem seien 540 neue Stellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, zum Abbau von Überstunden und für die Einbeziehung behinderter Kinder in den regulären Schulunterricht nötig. Nach heutigem Stand sollten aber nur rund 550 Stellen besetzt werden.

Das Kultusministerium entgegnete, es sei in den vergangenen Jahren gelungen, die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen zu verbessern. Im laufenden Schuljahr seien 1135 Lehrer eingestellt worden – deutlich mehr, als ausgeschieden seien. Zudem seien bildungspolitische Maßnahmen wie der Ausbau der beruflichen Gymnasien und die individuelle Förderung umgesetzt worden.

Auch im kommenden Schuljahr verfolge das Ministerium das Ziel, die beruflichen Schulen zu stärken und die Unterrichtsversorgung zu sichern. Genauere Aussagen seien aber noch nicht möglich, weil der Bedarf der beruflichen Schulen derzeit noch ausgewertet werde.

Kampf um die besten Köpfe

Der Berufsschullehrerverband bezeichnete die bislang geplanten Einstellungszahlen und die Einstellungsmodalitäten für neue Lehrer als unzureichend. Die Angebote würden erst Anfang Juni verschickt. „Wenn die Bewerber so lange über

Einstellungsmöglichkeiten und Beschäftigungsort im Ungewissen gelassen werden, führt dies dazu, dass die besten Bewerber berufliche Angebote in anderen Bundesländern annehmen“, meinte der Verband. Damit werde Baden-Württemberg den Kampf um die besten Köpfe verlieren, zumal das Land eine niedrigere Eingangsbesoldung zahle als andere Bundesländer. Derzeit lernen an den beruflichen Schulen im Land fast 360 000 Menschen.

ANZEIGE

Advertisement for Hochschule Mannheim featuring images of students and text: Wirtschaftsingenieurwesen, Sozialwesen, Biotechnologie, Informatik, Maschinenbau, + international, + interdisziplinär, + innovativ

22. Mai 15 - 18 Uhr

Studienberatung in der Aula

intensiv und zwanglos: Beratung · Präsentation · Diskussion

hochschule mannheim



Advertisement for Hochschule Mannheim featuring images of students and text: Informationstechnik, Elektrotechnik, Gestaltung, Verfahrenstechnik/Chemietechnik, Hochschule Mannheim, Aula, Gebäude C, Paul-Wittsack-Straße 10, 68163 Mannheim, www.hs-mannheim.de